



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
*Deutsche Evangelische Allianz*



# AKREF-Nachrichten

## vom 31.07.2026 bis 07.08.2026

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

|                                                                              |    |
|------------------------------------------------------------------------------|----|
| Algerien: Seit 9 Jahren zunehmende Repressionen gegen Christen               | 3  |
| Deutschland: Hinweisschild auf Freitagsgebet erneut beschmiert               | 5  |
| Iran: Gefangene des Monats August 2026                                       | 6  |
| Israel: Erneuter Angriff auf eine Kirche                                     | 7  |
| Libanon/Israel: Zwei Reservisten bei Explosion getötet                       | 8  |
| Österreich: Christenfeindliche Straftaten gestiegen                          | 9  |
| Russland: Patriarch Kyrill erklärt Russlands Atombombe zum Gotteswerk        | 10 |
| Spanien: Ceuta-Krise - Antisemitische Erzählungen gingen millionenfach viral | 11 |
| Spanien: Mallorca - Strandgottesdienste und Taufen am „Ballermann“           | 12 |
| Syrien-Irak: 12 Jahre nach dem Genozid an den Jesiden dauert die Krise an    | 13 |
| Syrien/USA: Vorübergehender Schutzstatus für syrische Christen läuft aus     | 14 |
| Syrien: Appell an Kirchen und Politik: Glaubensfreiheit in Syrien einfordern | 16 |
| USA: Influencerin nach Predigt aus Flugzeug verwiesen                        | 17 |

# Algerien: Seit 9 Jahren zunehmende Repressionen gegen Christen

Nachdem Algerien im Zuge von Repressionswellen, die 2017 begannen, fast alle evangelikalen Kirchen geschlossen hat, wurden Christen in den Untergrund gedrängt, was sie als „inneres Exil“ bezeichnen.

Christen in dem zu 99 Prozent muslimischen Land versammeln sich heimlich in Häusern, Garagen oder unter Olivenbäumen, wodurch viele von ihnen isoliert sind und keine regelmäßige geistliche Begleitung mehr erhalten. Manche wenden sich dem Internet und den sozialen Medien zu, wo sich Irrlehren verbreiten und dadurch innere Spaltungen, die Ausbreitung falscher Lehren und das Aufkommen von Konflikten begünstigt werden.

Trotz solcher Herausforderungen bringen einige Christen Gott ihre Dankbarkeit zum Ausdruck und betrachten diese Zeit als eine geistliche Läuterung, um stärkere und reifere Gemeinden aufzubauen.

„Die Gläubigen pflegen brüderliche Bindungen innerhalb kleiner Familiengruppen“, sagte ein Leiter einer christlichen Gemeinde. „Wir feiern das Abendmahl und Taufen im privaten Rahmen und setzen gemäß den biblischen Geboten erhebliche Mittel für wohltätige Hilfe ein.“

Ein Kirchenleiter setzt seinen Dienst fort, indem er Familien in verschiedenen Dörfern besucht, um ihnen moralische und geistliche Unterstützung zu bieten. Wie bei allen in diesem Bericht erwähnten Pastoren kann sein Name aus Sicherheitsgründen nicht veröffentlicht werden.

„Die Situation ist zweifellos schwierig, weil uns die Gemeinschaft vorenthalten wird“, sagte er. „Aber Gottes Werk darf nicht zum Stillstand kommen. Es mangelt uns dringend an Bibeln und christlichen Büchern, da Zollbeamte diese systematisch beschlagnahmen, selbst wenn Freunde sie aus dem Westen mitbringen.“

Neben blockierten Buchimporten, Polizeidurchsuchungen und beschlagnahmter Ausrüstung werden Christen zunehmend von der regelmäßigen Gemeinschaft ausgeschlossen, seit die Behörden den evangelikalen Dachverband, die Protestantische Kirche Algeriens (EPA), faktisch ohne Rechtsstatus gelassen haben. Als die EPA im August 2014 und Juli 2015 nach Inkrafttreten des Vereinsgesetzes Nr. 12-06 von 2012 erneut einen Antrag auf Rechtsstatus stellte, verweigerten die Behörden die Ausstellung der vorgeschriebenen Registrierungsbescheinigungen, wodurch die Dachorganisation in einer rechtlichen Grauzone blieb, die den Vorwand für die Zwangsschließung der meisten angeschlossenen Gemeinden von 2017 bis 2019 lieferte.

Da das Gesetz 12-06 die offizielle Registrierung der EPA verhindert, haben Sicherheitskräfte 46 der 47 ihr angeschlossenen Kirchen versiegelt, sodass nur noch die Kirchenzentrale in Algier dank der Anwesenheit einiger Ausländer und Diplomaten dort in Betrieb ist.

Trotz der Hindernisse ist EPA-Präsident Salah Chalah in Algerien geblieben, um die Bewegung zu vertreten. In einem kürzlich geführten Interview auf dem Sender SAT-7 beschrieb er die protestantische Gemeinschaft als klein und zerbrechlich, die jedoch angesichts der Unterdrückung treu bleibt.

„Wenn ein Glied leidet, leidet der ganze Leib“, sagte er. „Wir streben weiterhin nach friedlichem Zusammenleben, Toleranz und der Freiheit, unseren Gemeinschaften in aller Aufrichtigkeit zu dienen.“

Der Amtsantritt von Abdelmadjid Tebboune im Dezember 2019 markierte einen Bruch mit der Ära der Regierung unter Abdelaziz Bouteflika, die trotz islamistischer Einschüchterungen ein gewisses Maß an praktischer Flexibilität gewahrt hatte. Mit unverhohlener Gleichgültigkeit gegenüber der internationalen Gemeinschaft stützt sich die Regierung Tebboune auf den Status des Islam als Staatsreligion, um Konvertiten vom Islam jegliches Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben zu verweigern.

Darüber hinaus führt die starke Präsenz des Protestantismus in der Region Kabylien dazu, dass die Sicherheitsdienste christliche Aktivitäten mit der Bewegung für die Selbstbestimmung Kabylens (MAK) gleichsetzen, die seit 2021 als terroristische Organisation eingestuft ist. Diese Politisierung veranlasst das Regime dazu, die Religions- und Gewissensfreiheit als vermeintliche Bedrohung der nationalen Sicherheit darzustellen.

Diese Politik hat zu einer Welle gerichtlicher Angriffe und materieller Hindernisse geführt, wobei Gerichte seit 2018 insgesamt 58 bis 64 strafrechtliche Verurteilungen gegen Christen verhängt haben. Der Vizepräsident der EPA, Youcef Ourahmane, wurde im Mai 2024 in der Berufungsinstanz zu einem Jahr Haft verurteilt, lediglich weil er eine spirituelle Exerzitienveranstaltung organisiert hatte; ursprünglich war er zu zwei Jahren Haft und einer Geldstrafe verurteilt worden. Der 45-jährige Hamid Soudad war von Januar 2021 bis Juli 2023 im Rahmen einer fünfjährigen Haftstrafe wegen „Beleidigung des Islam“ im Zusammenhang mit einer Karikatur auf Facebook inhaftiert, bevor er eine Begnadigung durch den Präsidenten erhielt.

Zudem wurde der vom Islam konvertierte Menschenrechtsaktivist Slimane Bouhafs, der trotz seines UN-Flüchtlingsstatus gewaltsam aus Tunesien zurückgeführt wurde, von September 2021 bis September 2024 gefoltert und inhaftiert; auch nach seiner Freilassung sind ihm weiterhin seine Bürgerrechte und seine Rente vorenthalten. Ein weiterer Christ, der aus Sicherheitsgründen nicht namentlich genannt wird, wartet auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, nachdem er wegen der Online-Verbreitung von Bibelkursen zu zwei Monaten Haft und einer Geldstrafe verurteilt wurde.

Rechtlicher Druck geht häufig von der Verordnung 06-03 aus, einer Regelung aus dem Jahr 2006, die darauf abzielt, das Wachstum des Christentums und Konversionen unter algerischen Bürgern einzudämmen. Sie schränkt die Religionsfreiheit ein, indem sie die Ausübung des Glaubens vagen Begriffen der „öffentlichen Ordnung“ unterwirft (Artikel 2), vorschreibt, dass Gottesdienste ausschließlich in Gebäuden abgehalten werden dürfen, die von einer Kommission genehmigt wurden, die praktisch nie zusammengetreten ist, was zu einem administrativen Stillstand führt (Artikel 5), und jede Handlung, die „den Glauben eines Muslims erschüttern“ könnte, mit zwei bis fünf Jahren Haft bestraft – wodurch einfache Handlungen wie der Besitz von Bibeln oder private spirituelle Gespräche faktisch unter Strafe gestellt werden (Artikel 11).

Die Zahl der Christen in Algerien wird laut der christlichen Hilfsorganisation „Open Doors“ auf etwa 150.000 Menschen geschätzt, was 0,3 Prozent der Gesamtbevölkerung von 48 Millionen entspricht. Es gibt 8.000 Katholiken, während sich die Methodisten, Anglikaner und Mennoniten überwiegend aus Ausländern, darunter Diplomaten, zusammensetzen.

Zu den weiteren, von der EPA unabhängigen Kirchen, die geschlossen wurden, gehören eine historische Kirche der North Africa Mission (NAM) in Ouadhia – die älteste in der Region, die 1956 vom NAM-Missionar Charles Marsh gegründet wurde – sowie eine Kirche in Ouacif. Beide hatten Gemeinden mit mehr als 200 Mitgliedern.

Vor diesem Hintergrund empfanden Evangelikale den Besuch von Papst Leo XIV. in Algerien im April als diplomatische Inszenierung und internationale Fassade, ohne dass er den Christen vor Ort konkrete Erleichterung brachte. Trotz umfangreicher Medienberichterstattung und erheblicher Mittel, die die algerische Regierung aufwandte, um einen tadellosen Empfang zu gewährleisten, hinterließ der Besuch des Papstes bei den verfolgten algerischen Christen einen bitteren Nachgeschmack.

Der Präsident der EPA, Pastor Chalah, gehörte zu den Gästen bei einem Treffen mit dem Papst in der Kathedrale Notre-Dame d’Afrique, doch die Entziehung der Gotteshäuser der Protestanten wurde weitgehend übersehen. Ohne jegliche Erwähnung religiöser Einschränkungen oder eines Lösungsangebots schien der offizielle Besuch letztlich die Annäherung an muslimische Autoritäten auf Kosten der Christen des Landes in den Vordergrund zu stellen.

Die EPA fordert das Innenministerium weiterhin auf, ihre offizielle Registrierung als Verein zu erneuern und ihre Gotteshäuser wieder zu öffnen.

Algerien belegte Platz 20 auf der „World Watch List 2026“ von Open Doors, einer Liste der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2026/08/oppresed-christians-in-algeria-go-underground/>

# Deutschland: Hinweisschild auf Freitagsgebet erneut beschmiert

**Penzberg: Kriminalpolizei ermittelt – es ist der zweite Vorfall innerhalb weniger Tage**

Penzberg (IDEA) – In der oberbayerischen Stadt Penzberg ist erneut ein Hinweisschild auf das muslimische Freitagsgebet beschädigt worden. Beamte der Polizeiinspektion Penzberg stellten am 31. Juli gegen 6.45 Uhr die Schmierschriften an dem Schild fest. Das teilte die [Polizei Bayern](#) mit. Das Hinweisschild wurde sichergestellt. Die Kriminalpolizeiinspektion Weilheim übernahm die Ermittlungen und bittet um Zeugenhinweise. Laut „merkur.de“ wurde das Schild auch mit dem Logo der rechtsextremen Kleinpartei „Der III. Weg“ beklebt. Hintergrund: An den Ortseingängen von Penzberg weisen seit dem 21. Juli [neue Schilder](#) nicht nur auf die Gottesdienstzeiten der katholischen und evangelischen Kirche hin, sondern auch auf das muslimische Freitagsgebet. Angebracht wurden sie gemeinsam von Bürgermeister Thomas Kopf („Penzberg Miteinander“), dem katholischen Pfarrer Bernhard Holz, dem evangelischen Pfarrer Julian Lademann und dem Imam der Islamischen Gemeinde Penzberg, Benjamin Idriz.

**Idriz: Ein starkes Zeichen der gegenseitigen Wertschätzung**

Das Freitagsgebet mit Predigt finde in deutscher Sprache statt und stehe „allen Menschen offen – Muslimen ebenso wie Nichtmuslimen“, teilte Idriz am 21. Juli auf seinem Instagram-Kanal mit. Die Schilder seien „ein starkes Zeichen der gegenseitigen Wertschätzung, der Gleichbehandlung und der gelebten Religionsfreiheit“. Die Idee sei bereits im vergangenen Jahr in einem Gespräch mit dem damaligen Ersten Bürgermeister Stefan Korpan (CSU) entstanden, so Idriz. Die Schilder seien „mehr als Wegweiser“. Sie stünden für „eine offene Stadt, in der Vielfalt verbindet und alle Religionsgemeinschaften ihren anerkannten Platz haben“.

**Bereits zum zweiten Mal beschmiert**

Es ist bereits das zweite Mal, dass das Schild beschmiert wurde: Bereits in der Nacht auf den 25. Juli wurde es mit schwarzer Farbe besprüht. Im Anschluss schrieb [Idriz auf Instagram](#), dass ihn der Vorfall traurig mache: Seit Jahren werde versucht, Muslime pauschal als Extremisten, als hasserfüllt oder als Bedrohung für die Gesellschaft darzustellen: „Doch wer Hass wirklich bekämpfen will, darf nicht wegsehen, wenn sich Hass gegen Muslime richtet. Das beschmierte Schild ist kein Ausdruck von Meinungsfreiheit. Es ist ein Ausdruck von Intoleranz, Feindseligkeit und Muslimfeindlichkeit.“

# Iran: Gefangene des Monats August 2026

**36-Jährige wegen Zugehörigkeit zu einer Hauskirche in Haft – Zahra (Hannah) Gholami wurde 2023 während eines Gottesdienstes festgenommen**

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Als „Gefangene des Monats August 2026“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die iranische Christin Zahra (Hannah) Gholami benannt. Sie rufen dazu auf, sich für die 36-Jährige einzusetzen. Sie wurde am 11. Dezember 2023 mit einem weiteren Christen bei einer Razzia in der nördlichen Bezirkshauptstadt Shahriar festgenommen. Rund 30 Geheimdienstmitarbeiter stürmten dabei den Gottesdienst einer Hauskirche, zu dem sich etwa zwei Dutzend Personen, darunter Familien mit Kindern, versammelt hatten. Die iranischen Behörden betrachten Hauskirchen als „staatsfeindliche“ Gruppen. Im Februar 2024 wurde Gholami gegen Zahlung einer für iranische Verhältnisse horrenden Kaution in Höhe von umgerechnet rund 18.500 Euro freigelassen. Am 2. Juli 2024 fand gegen sie und weitere Christen vor dem Revolutionsgericht des Bezirks Shahriar ein Prozess statt. Das Gericht verurteilte sie wegen „Gründung“ und „Mitgliedschaft“ in einer „Gruppe oder Vereinigung mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu untergraben“. Als Strafe wurden zwei Jahre Haft verhängt. Zweimal legte sie gegen das Urteil Rechtsmittel ein, scheiterte damit jedoch beide Male. Die Konvertitin wurde schließlich im November 2025 zum Haftantritt zitiert. Hinter Gittern erkrankte sie und durfte im Februar 2026 einen mehrmonatigen Hafturlaub antreten. Seit dem 29. Juni befindet sich Gholami wieder im Gefängnis. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den iranischen Präsidenten Massud Peseschkian um die sofortige Freilassung der Gefangenen zu bitten. Die Islamische Republik Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, der auch Religionsfreiheit garantiert. Von den rund 90 Millionen Einwohnern des Landes sind etwa 98 Prozent Muslime. Der Anteil der Christen liegt laut Schätzungen christlicher Hilfswerke bei rund einem Prozent.

## Musterbrief

Seine Exzellenz

Präsident Massud Peseschkian

c/o Botschaft der Islamischen Republik Iran

Podbielskiallee 65-67

14195 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

ich wende mich in Sorge um die iranische Staatsbürgerin Zahra Gholami an Sie. Die Christin hat ihr Recht wahrgenommen, ihre Religion frei zu wählen. Am Abend des 11. Dezember 2023 wurde sie bei einer Razzia in der nördlichen Bezirkshauptstadt Shahriar festgenommen. Am 2. Juli 2024 fand gegen sie und weitere Christen vor dem Revolutionsgericht des Bezirks Shahriar ein Prozess statt. Das Gericht verurteilte sie wegen der „Gründung“ und „Mitgliedschaft“ in einer „Gruppe oder Vereinigung mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu untergraben“. Es verhängte eine zweijährige Gefängnisstrafe, die Gholami im November 2025 antrat. Wegen einer Erkrankung wurde ihr im Februar 2026 Hafturlaub bewilligt. Seit 29. Juni 2026 befindet sich die Christin wieder im Gefängnis.

Die Islamische Republik Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte völkerrechtlich verbindlich ratifiziert. In Artikel 18 dieses Dokumentes wird jedem Menschen das Recht garantiert, seinen Glauben zu wechseln und auch für ihn zu werben. Daher appelliere ich an Sie, sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung der Glaubensgefangenen einzusetzen.

Hochachtungsvoll

# Israel: Erneuter Angriff auf eine Kirche

## Verdächtige sollen Steine auf armenische Kathedrale geworfen haben

Jerusalem (IDEA) – Nach einer mutmaßlichen Attacke auf die armenische St.-Jakobus-Kathedrale in der Jerusalemer Altstadt hat die israelische Polizei sechs Verdächtige festgenommen. Wie die Tageszeitung „Jerusalem Post“ berichtet, wurde die Kirche laut Polizeiangaben am 1. August bespuckt und mit Steinen beworfen.

## Angriff auch auf Anwohnerin

Nach Aussagen eines armenischen Reporters hätten die Verdächtigen zudem Steine gegen das Fenster einer Armenierin geworfen, die den Vorfall gefilmt habe. Das armenische Patriarchat habe eine formelle Beschwerde eingereicht. Polizeiangaben zufolge sind fünf der noch am selben Abend Festgenommenen minderjährig. Drei der Verdächtigen seien unter Auflagen freigelassen worden. Für die anderen sei Untersuchungshaft beantragt worden.

# Libanon/Israel: Zwei Reservisten bei Explosion getötet

Von Israelnetz/ Bei einer Explosion im Südlibanon sind am Mittwoch zwei Reservisten im Alter von 33 und 34 Jahren getötet worden. Vier weitere Soldaten erlitten sehr schwere Verletzungen. Die Reservisten hatten ein Gebäude in Madschdal Sun betreten, als ein Sprengsatz explodierte. Als Reaktion griff das Militär nach einem Evakuierungsauftrag Hisbollah-Ziele an. „Angesichts der Verletzung der Feuerpause durch die Terror-Organisation Hisbollah ist die israelische Armee gezwungen, mit Härte gegen sie vorzugehen“, erklärte die arabische Sprecherin Ella Waweja. (eh)

# Österreich: Christenfeindliche Straftaten gestiegen

## Hate-Crime-Bericht 2025: Muslimfeindlichkeit liegt an der Spitze

Wien (IDEA) – In Österreich ist die Zahl christenfeindlicher Straftaten 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent auf 133 gestiegen. An der Spitze im Bereich Religion liegen allerdings antimuslimische Taten. Das geht aus dem Lagebericht „[Hate Crime 2025](#)“ hervor, den das österreichische Innenministerium in Wien veröffentlicht hat. Die religionsfeindlichen Straftaten gingen insgesamt leicht zurück und lagen bei 696 Motiven (2024: 763). Damit ist die Religion nach Weltanschauung und nationaler beziehungsweise ethnischer Herkunft weiterhin das dritthäufigste Motiv für Hassverbrechen in der Republik. Innerhalb der Kategorie „Religion“ dominierten 2025 antimuslimische Motive (264) knapp vor antisemitischen (247) und christenfeindlichen (133). Weitere 52 Motive richteten sich gegen sonstige Religionsgemeinschaften.

## Sachbeschädigungen an Kirchen und Diebstähle von Reliquien

Die häufigsten Delikte gegen Christen waren laut Bericht schwere Sachbeschädigungen (29), gefährliche Drohungen (24), terroristische Vereinigungen, schwere Diebstähle und Körperverletzungen. Besonders auffällig ist die Konzentration auf religiöse Stätten: Bei Angriffen auf Sakralstätten wie Kirchen, Friedhöfe und Denkmale entfielen 12 von 21 Motiven auf christenfeindliche Taten. Als Beispielfälle nennt der Bericht Sachbeschädigungen von Kirchen und deren Inventar, etwa an Holzkreuzen und einer Jesus-Statue, sowie den Diebstahl von Reliquien – darunter Knochenstücke des Heiligen Severin – und des Jesuskindes aus einer Krippe. Antichristliche Handlungen zeigten sich dem Bericht zufolge vor allem in Sachbeschädigungen von Kirchen und deren Inventar.

## Anteil ausländischer Verdächtiger ist bei Christen höher

Bei antisemitischen Straftaten überwogen mit 90 Vorfällen Verstöße gegen das „Verbotsgesetz“ (1947 Artikel 1) und Verhetzungen (54). Menschen jüdischen Glaubens wurden dem Bericht zufolge „gezielt nach ihrer religiösen Zugehörigkeit gefragt und nach Identifizierung als jüdisch eingeschüchtert bzw. körperlich angegriffen“. Genannt werden Beschimpfungen wie „Judensau“ oder „Geh in die Gaskammer“. Antimuslimische Delikte äußerten sich vor allem in gefährlichen Drohungen (56 Motive), Körperverletzungen und Verhetzungen (je 52). Als Beispiel nennt der Bericht das Herunterreißen religiöser Kleidung und Beschimpfungen wie „Fuck Moslems“. Bei der Opfergruppe „Christen“ lag der Anteil ausländischer Tatverdächtiger 57 Prozent höher als bei Muslimfeindlichkeit (43 Prozent) oder Judenfeindlichkeit (26 Prozent). Insgesamt registrierten die Behörden im Jahr 2025 6.751 Straftaten (2024: 6.786). Als negative Entwicklung strich Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) im Vorwort des Berichts heraus, dass diese Form der Kriminalität „jünger und digitaler“ werde. Ein Drittel der Tatverdächtigen war jünger als 21 Jahre, 86 Prozent waren männlich. Häufigster Tatort war mit 1.917 Motiven das Internet, gefolgt vom öffentlichen Raum (1.497).

# Russland: Patriarch Kyrill erklärt Russlands Atombombe zum Gotteswerk

Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche hat den Bau der russischen Atombombe religiös begründet. Darin zeige sich die Gnade Gottes.

Von Martin Schlorke/ 6. August 2026/ PRO - Das christliche Medienmagazin/ Seit der russischen Vollinvasion 2022 hat das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, diese immer wieder verteidigt. Dazu war er sich auch nie zu schade, den Krieg religiös aufzuladen. Etwa wenn er davon sprach, dass russische Soldaten aufseiten „der Wahrheit Gottes“ kämpften.

In einem Gottesdienst am Wochenende hat Kyrill nun auch die russische Atombombe religiös legitimiert. Anlass war das 35-jährige Jubiläum der Wiedereröffnung des Klosters zur Heiligendreifaltigkeit in Diwejewo. Dort sind die Reliquien des Heiligen Seraphim aufbewahrt. Seraphim von Sarow (1759 bis 1833) war ein russischer Mönch und ist seit 2007 Schutzpatron der Atomstreitkräfte des Landes.

In seiner Predigt behauptete Kyrill, dass die Entwicklung der russischen Atomwaffen durch Gebete von Seraphim möglich gewesen sei. Und weiter: „Die Wissenschaftler, die hier in Sarow gearbeitet haben, haben unsere russische Atombombe entwickelt, die den Feind daran gehindert hat, Pläne zur Zerstörung und Versklavung unseres Vaterlandes umzusetzen.“ Durch die Arbeit von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern sei Russland Gottes Gnade und Barmherzigkeit offenbart worden, erklärte Kyrill.

## Gebet für den Krieg

Wie das Portal „Orthodox Time“ berichtet, bezeichnete Kyrill zum Abschluss seiner Predigt die Wiederbelebung des orthodoxen Christentums im postsowjetischen Russland als Ergebnis von Gebeten der Heiligen. Eine Erhebung des staatlichen Meinungsforschungsinstituts WZIAM von 2023 zeigt jedoch, dass sich immer weniger Russen zum orthodoxen Christentum bekennen. Demnach bezeichneten sich 2023 nur noch 57 Prozent der Erwachsenen als orthodox. 2019 waren es noch 63 Prozent.

Im Rahmen seines Besuchs rief Kyrill auch zum Gebet auf. Gott möge „das russische Land, unseren orthodoxen Präsidenten, die Behörden und die Streitkräfte“ beschützen. Bereits in der Vergangenheit rief er zum Gebet für Russlands Kriegsanstrengung auf und sprach von einer „besonderen historischen Berufung“ seines Landes. Eine wichtige Rolle spiele dabei Präsident Wladimir Putin. Für ihn müsse daher „unser besonderes Gebet“ gelten. Gott solle diesen „klüger machen, stärken, erleuchten, vor Sünden und Fehlern beschützen“.

# Spanien: Ceuta-Krise – Antisemitische Erzählungen gingen millionenfach viral

## Islamistische, rechts- und linksextreme Accounts verbreiteten Schuldzuweisungen

Ceuta (IDEA) – Die Grenzkrise in der spanischen Stadt Ceuta ist auf der Plattform X (früher Twitter) innerhalb von 72 Stunden zu einer globalen antisemitischen Verschwörungserzählung umgedeutet worden. Das geht aus einer Untersuchung des „Antisemitism Research Center“ (ARC) hervor, das zur Initiative „Combat Antisemitism Movement“ (CAM) mit Sitz in Moundridge (US-Bundesstaat Kansas) gehört. Die Organisation setzt sich weltweit gegen Judenfeindschaft ein. Am 30. und 31. Juli drangen Zehntausende Migranten illegal von Marokko aus im nordafrikanischen Ceuta ein. ARC analysierte nach eigenen Angaben 173 reichweitenstarke Beiträge, die in den 72 Stunden nach der Grenzüberquerung veröffentlicht wurden und von 119 Influencer-Accounts stammten. Zusammen erzielten sie laut ARC innerhalb von zwei Tagen 57,5 Millionen Aufrufe, hatten eine geschätzte Reichweite von 103,1 Millionen Menschen sowie 1,9 Millionen Likes und 368.400 geteilte Inhalte. Beispielsweise zeigte ein Account namens „Forbidden HQ“, dessen Beitrag 5,3 Millionen Mal angesehen wurde, der Analyse zufolge den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, aus dessen geöffnetem Mund eine Reihe von Migranten auf einen spanischen Strand strömte. Eine Antwort unter dem Beitrag bezeichnete die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla fälschlicherweise als marokkanisches Staatsgebiet. „Forbidden HQ“ habe anschließend auf seinen eigenen zitierten Beitrag reagiert und Marokko zu einem Marionettenstaat Israels erklärt.

## Ideologische Grenzen spielen bei dem Thema keine Rolle

Die Auswertung zeigt nach Angaben der Organisation, wie schnell sich judenfeindliche Deutungsmuster in Sozialen Medien verbreiten und an aktuelle politische Ereignisse angedockt werden. Jede ideologische Grenze sei dabei überwunden worden: Rechtsextreme Accounts, die die Erzählung vom „Großen Austausch“ verbreiten, linksradikale antiimperialistische Accounts sowie radikal-islamistische Accounts hätten nahezu identische Behauptungen veröffentlicht: „Sie alle kamen zu dem Schluss, dass Zionisten die Krise verursacht hätten.“ Antisemitismus sei dabei das verbindende Element zwischen Zielgruppen, die ansonsten keinerlei gemeinsame politische Schnittmenge hätten. Der Empfehlungsalgorithmus von X habe diese Überschneidung offenbar als ein Signal für hohe Interaktion gewertet und die Verbreitung der Inhalte entsprechend verstärkt.

# Spanien: Mallorca - Strandgottesdienste und Taufen am „Ballermann“

## 220 Jugendliche beteiligen sich bei „Reach Mallorca“

Palma de Mallorca (IDEA) – Rund 220 junge Christen aus zehn Ländern veranstalten seit dem 1. August Strandgottesdienste und Taufen in unmittelbarer Nähe der bei Touristen beliebten Partymeile „Ballermann“ auf Mallorca. Laut Organisatoren stammen die meisten Jugendlichen unter anderem aus Deutschland, der Schweiz, Spanien, Österreich, Lettland und den USA. Verantwortlich für den Einsatz ist die Initiative „Reach Mallorca“, die seit mehr als 15 Jahren während der Sommerferien Ehrenamtliche für evangelistische Einsätze auf die Baleareninsel entsendet. Wenige Tage vor Abschluss der diesjährigen Aktion zog einer ihrer Mitbegründer, Gernot Elsner (Karlsruhe), gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA ein positives Zwischenfazit: Bislang hätten über 3.000 Menschen bei der Aktion von Jesus gehört.

### „Wenn Jesus heute lebte, er würde zum Ballermann gehen!“

Bis zum Ende von „Reach Mallorca“ am 8. August will das Team insgesamt 14 Kurzgottesdienste an der Platja de Palma abhalten – nur wenige Schritte von der bekannten Großdiskothek „Megapark“ entfernt. Sie befassen sich mit Themen wie Party, Beziehungen und dem Sinn des Lebens. Zudem erleben die Passanten dort Straßenkunst und Musik, auf Wunsch können sie für sich beten lassen. Das Angebot kommt gut an: Nach Angaben von Elsner kommen jeweils mehrere Hundert Besucher. Zusätzlich sind laut Elsner Teams in der bekannten Schinkenstraße unterwegs, um Menschen mit kreativen Aktionen wie Schildern mit „Fragen an Gott“ oder einem „Wunderstuhl“ – einem Stuhl, auf dem Gebet in Anspruch genommen werden kann – anzusprechen. Sogenannte „Street Angels“ (Straßenengel) in gelben Warnwesten begleiten hilfsbedürftige Urlauber sicher zurück in ihr Hotel. In enger Zusammenarbeit mit spanischen Gemeinden wurden zudem zwei Festivals an zwei verschiedenen Orten der Insel organisiert, bei denen morgens ein gemeinsamer Gottesdienst und abends ein größeres evangelistisches Event stattfinden. Ein weiterer Leiter von „Reach Mallorca“, Manuel Leiser (Zürich), betonte: „Wir lieben das Partyvolk! Und wir erleben gerade da, wo man es am wenigsten erwarten würde, dass Mallorca-Besucher besonders offen für Gott und den Glauben sind.“ Der Hauptleiter der Initiative, Johannes Baumann (Bielefeld), ist überzeugt: „Wenn Jesus heute lebte, er würde zum Ballermann gehen!“

### Taufen im Mittelmeer

Bei der Aktion werden auch Taufen im Mittelmeer angeboten. Nach Angaben von Elsner hätten sieben Personen dieses Angebot bislang wahrgenommen, drei Urlauber und vier Teammitglieder. Er berichtete von einer jungen Österreicherin, die mit Freundinnen auf die Insel gereist sei, das Nachtleben aber gemieden und stattdessen mehrere Abende an den Strandgottesdiensten teilgenommen habe. Sie habe sich schließlich taufen lassen: „Sie war in ihrem Herzen wirklich vorbereitet und hat auch ein ganz klares Verständnis davon gehabt, was das bedeutet.“ An einem anderen Abend hätten sich eine türkische Mutter und ihre Tochter spontan taufen lassen. Sie seien über Instagram auf den Einsatz aufmerksam geworden. Die beiden seien zuvor bereits Christen gewesen, hätten diesen Glaubensschritt jedoch noch nicht gewagt. Grundsätzlich achte man darauf, dass die Täuflinge den Schritt verstünden, so Elsner: „Wir taufen gar keine Menschen, die unter Alkoholeinfluss stehen.“ Organisatoren von „Reach Mallorca“ sind das Missionswerk Gospeltribe (Karlsruhe), die Jugendmissionsgemeinschaft (JMG) in Bielefeld, „THE FOUR – Campus für Christus Schweiz“ sowie das Missionswerk „Bridge Steps“ mit Niederlassungen in Spanien und den USA. 2027 findet „Reach Mallorca“ vom 29. Juli bis zum 9. August statt.

# Syrien-Irak: 12 Jahre nach dem Genozid an den Jesiden dauert die Krise an

**IIRF-D/IGFM – Tübingen/Frankfurt am Main, 3.8.2026** – Zwölf Jahre nach dem Völkermord an den Jesiden durch die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) darauf hin, dass die humanitäre Krise weiterhin anhält. Obwohl die Herrschaft des IS beendet ist, gelten noch immer Tausende Jesiden als vermisst oder befinden sich in Gefangenschaft. Mehr als 200.000 Binnenvertriebene leben nach wie vor unter schwierigen Bedingungen in Flüchtlingslagern der Autonomen Region Kurdistan.

Viele zerstörte Dörfer wurden bislang nicht wieder aufgebaut. Unsichere Sicherheitsverhältnisse, fehlende Arbeitsplätze und der Rückzug internationaler Hilfsprogramme erschweren eine Rückkehr in die Heimat. Besonders junge Menschen sehen sich häufig gezwungen, zwischen Auswanderung und einem Leben ohne Perspektive zu wählen.

Die IGFM setzt ihre Hilfsprojekte in der Region fort und konzentriert sich zunehmend auf nachhaltige Unterstützung. Dazu gehören medizinische Hilfe, Versorgung besonders bedürftiger Familien sowie Bildungsförderung für junge Jesidinnen und Jesiden.

Ein Beispiel hierfür ist die Jesidin **Subaz Ali**, die nach der Flucht vor dem IS mit ihrer Familie viele Jahre in einem Flüchtlingslager lebte. Dank eines Studienförderprogramms der IGFM konnte sie ihr Medizinstudium abschließen und arbeitet heute als Ärztin in Kurdistan. Nach Angaben der IGFM soll ihr Beispiel zeigen, dass gezielte Bildungsförderung langfristige Perspektiven schaffen und zum Wiederaufbau der Region beitragen kann.

Zusätzlich verweist die Organisation auf die verschärfte Lage in Syrien nach dem politischen Umbruch Ende 2024. Insbesondere religiöse Minderheiten wie Jesiden und Christen seien neuen Fluchtbewegungen, rechtlicher Unsicherheit und einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen ausgesetzt. Zugleich erschwere der Mangel an medizinischer Versorgung die Behandlung chronisch kranker Menschen, weshalb die IGFM finanzielle Soforthilfen für Medikamente bereitstellt.

Die Menschenrechtsorganisation betont, dass Erinnerung an den Genozid allein nicht ausreiche. Notwendig seien langfristige Hilfsmaßnahmen, um den Betroffenen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen und den Wiederaufbau ihrer Gemeinschaften zu unterstützen.

Quelle: Rundmail der IGfM vom 3.8.2026

# Syrien/USA: Vorübergehender Schutzstatus für syrische Christen läuft aus

ICC-Nachrichten & Berichte – Das Auslaufen des (Temporary Protected Status, TPS) für Syrer in den Vereinigten Staaten in dieser Woche hat die Aufmerksamkeit erneut auf die prekäre Sicherheitslage gelenkt, mit der die Zivilbevölkerung in Syrien konfrontiert ist – insbesondere religiöse Minderheiten, die auch anderthalb Jahre nach dem Sturz der Regierung des Diktators Bashar al-Assad weiterhin gefährdet sind.

Die Übergangsbehörden Syriens versuchen derzeit, ihre Macht zu festigen, staatliche Institutionen wiederaufzubauen und die internationale Gemeinschaft zu beruhigen, während sie gleichzeitig mit anhaltenden konfessionellen Spannungen und Fragen zum Schutz von Minderheitengemeinschaften konfrontiert sind.

TPS ist eine humanitäre Einwanderungsregelung, die es Staatsangehörigen von Ländern, in denen bewaffnete Konflikte oder andere außergewöhnliche Umstände herrschen, ermöglicht, für einen begrenzten Zeitraum legal in den Vereinigten Staaten zu bleiben und zu arbeiten. Die Regelung bietet keinen Weg zu einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung, schützt die Begünstigten jedoch vor Abschiebung, solange die Bedingungen in ihrem Heimatland als unsicher für eine Rückkehr gelten.

Die Biden-Regierung hat Syrien im Jahr 2024 erneut für den vorübergehenden Schutzstatus (TPS) ausgewiesen und dabei die anhaltende Instabilität des Landes nach mehr als einem Jahrzehnt Bürgerkrieg angeführt. Mit dem Auslaufen des Programms Anfang dieser Woche richtet sich die Aufmerksamkeit nun darauf, ob sich die Lage in Syrien – insbesondere für schutzbedürftige religiöse Minderheiten – ausreichend verbessert hat, um die Beendigung dieser Schutzmaßnahmen zu rechtfertigen.

Die Lage der religiösen Minderheiten in Syrien ist nach wie vor komplex. Zwar ist das Land nach dem Zusammenbruch der Assad-Herrschaft in eine neue politische Ära eingetreten, doch hat der Übergang die durch jahrelange Konflikte entstandenen tiefen konfessionellen Spaltungen nicht beseitigt. Alawiten, Christen, Drusen, Jesiden und andere Minderheitengruppen bewegen sich weiterhin in einem unsicheren Umfeld, in dem die Regierung zwar Integration versprochen hat, in der Praxis jedoch Schwierigkeiten hat, Sicherheit zu gewährleisten.

Die derzeitige politische Landschaft Syriens entstand durch den dramatischen Zusammenbruch des Assad-Regimes im Dezember 2024. Nach mehr als fünf Jahrzehnten der Herrschaft der Assad-Familie marschierten Rebellenkräfte unter der Führung von Ahmed al-Sharaa – früher bekannt als Abu Mohammed al-Golani, der Anführer von Hayat Tahrir al-Sham (HTS) – in Damaskus ein und zwangen Bashar al-Assad zum Rücktritt.

Der Aufstieg von Sharaa markierte einen historischen Wendepunkt für Syrien. Die HTS war zuvor mit dschihadistischen Bewegungen, darunter Al-Qaida, in Verbindung gebracht worden, bevor sie versuchte, sich als nationalistischer syrischer politischer Akteur neu zu positionieren. Der Wandel der Gruppe und Sharaas Bemühungen um internationale Anerkennung wurden von Regierungen und Verfechtern der Religionsfreiheit aufmerksam verfolgt, die bezweifeln, dass die neue Führung tatsächlich eine pluralistische politische Ordnung etablieren kann.

Seit ihrer Machtübernahme hat Sharaas Regierung wiederholt versprochen, Syriens vielfältige Religionsgemeinschaften zu schützen – an sich ein Schritt in die richtige Richtung nach Jahren offener Diskriminierung durch die Regierung. Regierungsvertreter haben den Dialog mit christlichen Führern und anderen Vertretern von Minderheiten gesucht und gleichzeitig die neue Regierung als der Stabilität und dem Wiederaufbau verpflichtet dargestellt. Kritiker argumentieren jedoch, dass Versprechen der Inklusion an den Taten vor Ort gemessen werden müssen, insbesondere daran, ob Minderheitengemeinschaften in staatlichen Institutionen vertreten sind und vor konfessioneller Gewalt geschützt werden.

Die christliche Gemeinschaft Syriens gehört zu den ältesten christlichen Bevölkerungsgruppen der Welt; ihre Wurzeln reichen bis in die frühesten Jahrhunderte des Christentums zurück. Vor dem Bürgerkrieg stellten Christen eine bedeutende Minderheit der syrischen Bevölkerung dar, wobei sich die Gemeinschaften

vor allem in Damaskus – wo der Apostel Paulus auf einer Straße namens „Die Gerade“, die es noch heute gibt, bekehrt wurde –, in Aleppo, Homs, im Orontes-Tal und in anderen historischen christlichen Regionen konzentriert.

Der syrische Bürgerkrieg hat diese Gemeinschaften verwüstet. Hunderttausende Christen flohen aus dem Land, als sich die Kämpfe ausbreiteten, extremistische Gruppen Gebiete eroberten und alte christliche Dörfer und Kirchen in den Konflikt hineingezogen wurden. Der Aufstieg des Islamischen Staates brachte einige der schwerwiegendsten Bedrohungen mit sich, darunter Entführungen, Zwangsvertreibungen, die Zerstörung von Kirchen und Morde.

Der Sturz Assads stellte die Christen vor eine schwierige Situation. Einige Syrer begrüßten das Ende einer autoritären Regierung, die für weit verbreitete Gräueltaten verantwortlich war. Andere befürchteten, dass der Zusammenbruch der alten Sicherheitsordnung Minderheiten Vergeltungsmaßnahmen oder extremistischem Einfluss aussetzen könnte – auch in Gebieten, in denen Assad angeblich christliche Gemeinschaften auf Kosten anderer Minderheiten begünstigte.

Diese Bedenken sind nicht unbegründet. Seit Beginn des Übergangsprozesses kam es in Syrien immer wieder zu Episoden konfessioneller Gewalt, von denen mehrere Gemeinschaften betroffen waren. Berichte dokumentieren Angriffe auf alawitische Zivilisten, drusische Gemeinschaften und andere Minderheiten. Gleichzeitig haben internationale Beobachter gewarnt, dass eine schwache Rechtsstaatlichkeit und die Präsenz rivalisierender bewaffneter Gruppierungen anhaltende Risiken mit sich bringen.

Christen waren zwar nicht in gleichem Maße von gezielter Massengewalt betroffen wie manche andere Gruppen, doch viele blicken weiterhin mit großer Sorge in die Zukunft. Vorfälle von Schikanen, Angriffe auf christliche Gemeinschaften und die Ungewissheit über die Rolle der Religion im neuen Staat haben zur Verunsicherung unter den Christen in Syrien und im Ausland beigetragen.

Gleichzeitig ist die Lage nicht einheitlich. Einige christliche Führungspersonlichkeiten haben vorsichtig Kontakt zu den Übergangsbehörden aufgenommen, in der Hoffnung, dass durch Zusammenarbeit die christliche Präsenz in Syrien erhalten und der Schutz religiöser Stätten und Gemeinschaften gewährleistet werden kann. Die Herausforderung für Syriens neue Regierung wird darin bestehen, zu beweisen, dass der Schutz von Minderheiten mehr ist als nur politische Versprechen.

Die zentrale Frage, vor der Syrien steht, ist, ob die Ära nach Assad einen wirklich inklusiven Staat hervorbringen oder lediglich eine Form des Autoritarismus durch eine andere ersetzen wird.

Das Assad-Regime präsentierte sich international oft als Beschützer von Minderheiten, insbesondere von Christen, während es gleichzeitig ein autoritäres System aufrechterhielt, das Millionen Syrern grundlegende Rechte verwehrte. Viele Minderheiten befürchteten, dass Assads Sturz konfessionelle Racheakte auslösen könnte, während andere hofften, dass sich dadurch eine Chance für eine repräsentativere Regierung ergeben würde.

Für die Regierung unter Sharaa wird die Religionsfreiheit ein entscheidender Legitimitätstest sein. Internationale Anerkennung, die Aufhebung von Sanktionen, ausländische Investitionen und Wiederaufbauhilfe werden nicht nur von Verbesserungen der Sicherheitslage abhängen, sondern sollten auch davon abhängen, ob Syrien Institutionen aufbaut, die in der Lage sind, alle Bürger unabhängig von ihrem Glauben oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu schützen.

Die internationale Gemeinschaft hat betont, dass die Zukunft Syriens die Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen, den Schutz schutzbedürftiger Gemeinschaften und eine sinnvolle Beteiligung von Minderheiten umfassen muss. Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit hat gewarnt, dass die Übergangsbehörden Syriens Schwierigkeiten hätten, Religionsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, und verwies dabei auf Gewalt gegen verschiedene Religionsgemeinschaften sowie auf Bedenken hinsichtlich der Vertretung von Minderheiten.

Für die Christen in Syrien werden die kommenden Jahre entscheidend dafür sein, ob sie ein integraler Bestandteil der Zukunft des Landes bleiben oder ob sich der jahrzehntelange Trend der Abwanderung und des Rückgangs fortsetzt. Ihr Überleben wird nicht nur von den erklärten Verpflichtungen der Regierung abhängen, sondern auch davon, ob diese Verpflichtungen zu Sicherheit, gleichberechtigter Staatsbürgerschaft und der Freiheit führen, ihren Glauben ohne Angst auszuüben.

Das Auslaufen des TPS für Syrer in den Vereinigten Staaten verdeutlicht eine umfassendere Realität: Syrien mag zwar in ein neues politisches Kapitel eingetreten sein, doch für viele Syrer – insbesondere für religiöse Minderheiten – bleibt die Frage, ob das Land wirklich sicher ist, unbeantwortet.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

# Syrien: Appell an Kirchen und Politik: Glaubensfreiheit in Syrien einfordern

## Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor wachsendem Druck auf Christen

Göttingen (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV/Göttingen) hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die katholische Kirche und den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Lars Castellucci, aufgefordert, sich für Glaubensfreiheit in Syrien einzusetzen. Anlass ist die Verhaftung des kurdisch-christlichen Priesters Nihad Hassan am 20. Juli in Afrin. Nach fast dreiwöchiger Haft soll der 46-Jährige inzwischen freigelassen worden sein. Die islamistischen Machthaber in Afrin werfen Hassan vor, den Islam beleidigt zu haben. Nach Informationen der GfbV habe der Geistliche jedoch lediglich Verbrechen syrischer Islamisten gegen Kurden und andere Minderheiten kritisiert. Der Kurde habe 2008 den Islam verlassen und sei zum Christentum konvertiert. „Wir vermuten, dass die Konversion zum Christentum der eigentliche Grund für die Festnahme ist. Denn nach Auffassung der Islamisten darf niemand den Islam verlassen“, erklärte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido. Hassan habe Glück gehabt, in der kurdischen Gesellschaft Syriens Verständnis gefunden zu haben und den Islam verlassen zu können, ohne getötet zu werden. Viele Kurden in Syrien, der Türkei, im Irak und im Iran wollten dem Islam den Rücken kehren, „da in dessen Namen täglich Verbrechen an Kurden und anderen Gemeinschaften begangen werden“.

## Druck auch auf syrischen Erzbischof

Afrin steht seit 2018 unter türkischer Besetzung. Zuvor habe dort und in anderen Regionen Nordsyriens unter kurdischer Verwaltung vollständige Glaubensfreiheit – auch für Konvertiten – geherrscht, so Sido. Seit 2011 habe sich in Afrin eine kurdisch-christliche Gemeinde mit etwa 2.000 Personen gebildet, die Weihnachten öffentlich habe feiern und Gottesdienste abhalten können. Diese Freiheiten seien dem türkischen Staat und den von ihm kontrollierten islamistischen Milizen ein Dorn im Auge gewesen. Inzwischen hätten diese Milizen die Macht in Syrien übernommen. Im Dezember 2024 wurde der langjährige Machthaber Baschar al-Assad gestürzt. Seither herrscht der sunnitisch-islamistische Übergangspräsident Ahmed al-Scharaa (früher Abu Muhammad al-Golani). Laut GfbV setze dieses Regime auch andere christliche Geistliche unter Druck, damit sie sich gegenüber ausländischen Medien nicht kritisch zur Lage der Christen und anderer Minderheiten äußerten. Als Beispiel nannte Sido den Erzbischof von Homs, Jacques Mourad, der im Juli nach Europa gereist sei. In Interviews habe er sich kritisch geäußert und vor dem Aussterben des Christentums in der Region gewarnt. Nach seiner Rückkehr nach Syrien habe Mourad seine Aussagen in einem veröffentlichten Video teilweise relativieren müssen. Die GfbV vermutet, dass die neuen Machthaber ihn unter Druck gesetzt haben.

## Warnung vor iranischem Szenario

Beide Fälle zeigten nach Ansicht Sidos, dass die neuen islamistischen Machthaber in Syrien „auf Zeit spielen“. Säßen sie fester im Sattel, würden sie die Islamisierung des Landes sowie die Unterdrückung von Christen und anderen Religionsgemeinschaften noch intensiver vorantreiben. Diese Strategie sei auch vom Mullah-Regime im Iran nach 1979 praktiziert worden: „Erst haben sie ihre Macht konsolidiert und dann vor allem konvertierte Christen, aber auch Bahai im Iran brutal verfolgt.“ Eine vergleichbare Situation könne sich in Syrien wiederholen, warnt der Menschenrechtler. Christliche Kirchen und demokratische Parteien in Deutschland, Europa und weltweit müssten die Lage der Christen und anderer Minderheiten in Syrien aufmerksam beobachten. Jegliche Zusammenarbeit mit den neuen Machthabern müsse davon abhängig gemacht werden, dass das Regime vollständige Glaubensfreiheit garantiere und praktiziere – einschließlich des Rechts, den Islam zu verlassen. Nach Angaben Mourads leben von ehemals zwei Millionen Christen in Syrien nur noch 300.000 bis 350.000 im Land.

# USA: Influencerin nach Predigt aus Flugzeug verwiesen

## Sie darf vorerst nicht mehr an Bord von Airlines Alaska

Orlando (IDEA) – In den USA hat eine Airline eine Christin aus dem Flugzeug verwiesen, nachdem sie dort öffentlich gepredigt hatte. Bei der Passagierin handelt es sich um die Evangelistin, Sängerin und Influencerin Whitney Lynn. Der Vorfall soll sich auf einem Flug der Alaska Airlines von Orlando (Bundesstaat Florida) nach San Diego (Bundesstaat Kalifornien) ereignet haben. In einem auf Instagram veröffentlichten Video ist zu sehen, wie sich die 40-Jährige während einer Startverzögerung im Flugzeug erhebt und die Passagiere [anspricht](#): „Ich möchte euch sagen, dass Gottes Timing perfekt ist und Gott alles weiß. Und vielleicht bewahrt er uns heute vor Gefahr.“ Jesus Christus liebe sie so sehr, dass er für ihre Sünden am Kreuz gestorben sei. Sie schloss mit den Worten: „Ich bete Schutz über diesen Flug im Namen Jesu.“

## Bordpersonal fühlte sich unsicher

Daraufhin habe ein Mitarbeiter der Fluggesellschaft Lynn [erklärt](#), das Personal fühle sich mit ihr als Passagierin nicht sicher und begleitete sie aus dem Flugzeug. Sie entgegnete: „Ich wusste nicht, dass die Botschaft von Jesus Christus unsicher ist.“ Es handle sich vielmehr um „geistlichen Kampf“: „Dämonen mögen den Namen Jesu nicht.“ In einem weiteren Video erklärte die 40-Jährige, „der Feind“ habe nicht gewollt, dass sie in diesem Flugzeug sitze oder nach Kalifornien reise. „Aber Gott ist souverän, und ich vertraue auf seinen vollkommenen Plan, denn er sieht die Zukunft – wir dagegen nicht. Er hat immer ein Auge auf uns und sorgt für uns“, betonte sie. Wie ein Sprecher der Alaska Airlines später gegenüber Medien erklärte, ist Lynn die Nutzung von Flügen der Gesellschaft „auf absehbare Zeit“ nicht gestattet.

## Gemischte Reaktionen

Die Reaktionen auf den Vorfall in den sozialen Netzwerken fielen sehr unterschiedlich aus. Während die einen die Influencerin ermutigten, weiter zu predigen, äußerten andere Kritik. Die britische Nachrichtenplattform Premier zitierte beispielsweise einen Flugbegleiter. Dieser gab zu bedenken, dass sich manche Menschen unwohl fühlten, mit religiösen Botschaften konfrontiert zu werden, wenn sie keine Möglichkeit hätten, dem auszuweichen. Lynn selbst äußerte im Rückblick, sie sehe „Gottes Hand in all dem ganz deutlich“. So habe sie mit mehreren Personen über Jesus sprechen können. In folgenden Videos ist sie dabei zu sehen, wie sie Polizisten und anderen Personen Segen zuspricht.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]